

NACHRICHTEN

BOMBEN-VERDACHT
Plauenern droht
erneut Evakuierung

PLAUEN – Nach einer Beinahe-Evakuierung Mitte Juli laufen in Plauen bereits Vorbereitungen für den nächsten möglichen Bombenfund. Es gibt zwei weitere Grundstücke, auf denen Blindgänger liegen könnten. Unter einer zentrumsnahen Baustelle und auf dem Gelände der ehemaligen Sternquell-Brauerei haben Kampfmittelsucher Metallgegenstände identifiziert. Die Störungen im Erdmagnetfeld deuten auf Fliegerbomben hin. Von einer Evakuierung könnten im Ernstfall bis zu 14.500 Menschen betroffen sein. Wann die Flächen aufgedeckt werden, steht noch nicht fest. Zuletzt war auf solchen Störstellen Bauschrott gefunden worden. |manu

LANDESSCHAU
Besucherzahl liegt
unter Erwartungen

ZWICKAU – Die Leitschau für die vierte sächsische Landesausstellung im Zwickauer Audi-Bau ist bislang weniger gut besucht als erwartet. Das räumten die Organisatoren auf Anfrage ein. Konkrete Zahlen wolle man aber noch nicht nennen. Anwohner in der Zwickauer Nordvorstadt hatten sich beschwert, dass Landesschau-Gäste nicht den neu eingerichteten Besucherparkplatz nutzen, sondern Parkplätze in den Anliegerstraßen belegen. Nach Angaben der Organisatoren geht die Leere auf dem Besucherparkplatz aber auf die mangelnde Resonanz zurück. Zudem wolle man den Parkplatz besser ausschildern. |ael

UNI LEIPZIG
Studenten besetzen
Rektorat

LEIPZIG – Seit Mittwochnachmittag halten Lehramtsstudenten das Rektoratsgebäude der Universität Leipzig besetzt. Sie fordern eine Verlängerung aller bestehenden Arbeitsverträge in der Lehrerbildung an der Uni Leipzig bis September 2021. Das teilte der Studierendenrat mit. Hintergrund der Proteste ist, dass die Mittel aus Bildungs- und Überlastpaketen, mit denen die Lehrerbildung finanziert wird, zum 31. Dezember auslaufen. Die Anschlussfinanzierung ist noch ungewiss. Studierende hatten deshalb bereits mehrfach demonstriert. |fp

RECYCLINGANLAGE
Dauerlöscheinsatz
in Leipzig beendet

LEIPZIG – Nach sechs Tagen ist der Löscheinsatz in einer Recyclinganlage im Norden von Leipzig beendet. Es gebe keine Glutnester mehr und die Feuerwehr könne abziehen, sagte ein Sprecher der Rettungsleitstelle Leipzig am Mittwochnachmittag. Nun kann auch die Polizei ihre Experten zur Ermittlung der Ursache an den Brandort bringen. Das Feuer war aus noch unbekannter Ursache in einer Lagerhalle mit Papierresten am Freitagnachmittag ausgebrochen und hatte auf eine zweite Halle übergreifen. |dpa

Verstärkung
für die Dinos
in Plohn

Ein **Tyrannosaurus** ist der neueste Mitbewohner der Urzeitwelt im Freizeitpark Plohn. Insgesamt 21 Dinos, alle aus Fieberglass, sind in dieser Saison hinzugekommen. Zudem wurden die älteren Animatronics aufwendig restauriert und repariert sowie die Landschaft um sie herum entsprechend aufbereitet. Darüber hinaus wurde das Selbstziehflöß komplett neu aufgebaut. Insgesamt investierten die Betreiber nach eigenen Angaben einen sechsstelligen Betrag in die Neuheiten und die Renovierung. „Es war Zeit geworden. Wir mussten da einfach was machen“, sagt Juniorchef Jan Völkel. Die Urzeit-Flößfahrt war 1997 nach dem Märchenwald als zweite Attraktion im Freizeitpark Plohn eröffnet worden. |fp

FOTO: MARCO UNGER/FREIZEITPARK PLOHN

IN DEN SOMMERFERIEN hat der Park von 10 bis 18 Uhr, samstags bis 20 Uhr geöffnet. In allen Innenbereichen sowie auf ausgewählten Fahrgeschäften gilt **Maskenpflicht**. Wegen Corona ist ein Besuch nur mit termingebundenen Online-Tickets oder Saisonkarte möglich.

Sachsen will bei Tiertransporten
gegen gängige Verstöße vorgehen

Sozialministerin Petra Köpping gibt Erlass für Ferntransporte außerhalb der EU heraus. Nicht alle halten das für die Lösung.

VON JENS EUMANN

DRESDEN/KIEL – Zu viele Tiere auf dem Sattelzug – einmal 30 Schweine mehr als erlaubt, einmal 1000 Hühner zuviel. Die Kontrollen, die die Polizei in der Vorwoche mit Experten der Veterinärbehörden an der A4 vornahm, ließen das Ausmaß des Problems bei Tiertransporten erahnen. 17 Verstöße bei 14 kontrollierten Lastzügen. Bei Ferntransporten ins nicht europäische Ausland versucht Sachsen nun, die offenbar gängige Verstoßpraxis zu erschweren. Per Erlass, wie Sozialministerin Petra Köpping (SPD) jetzt ankündigt.

Künftig seien Tiertransporte in Drittländer außerhalb der EU nur erlaubt, wenn Versorgungsstationen, an denen Tiere in vorgesehene Intervallen ausgeladen, gefüttert und getränkt werden müssen und ruhen dürfen, ordnungsgemäß ausgestattet sind. Das muss durch behördliche Zulassung attestiert sein.

Dies müsse der Transporteur vorm Start dem Amtstierarzt nachweisen, um den Transport genehmigt zu bekommen. „Mit dem Erlass geben wir handelnden Tierärzten eine bessere Handlungsgrundlage, damit sie die ihnen obliegende Plausibilitätsprüfung tatsächlich durchführen können“, sagte Köpping. Es sei sicherzustellen, dass die Vorgaben der Europäischen Tiertransport-

verordnung eingehalten werden – vom Start bis zum Bestimmungsort. Sachsens Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (Grüne) begrüßte das als „Schritt in Richtung von ganz praktischem Tierwohl“. Dies sei der Weg, auf Transporten außerhalb der EU die „hier geltenden strengen Bestimmungen“ zu gewährleisten.

Bei letzterem gibt es Skeptiker, auch in Günthers eigener Partei. „Auf Routen außerhalb der EU kann die Einhaltung der Tiertransportverordnung nicht kontrolliert werden“, ist der Landtagsabgeordnete Volkmar Zschocke sicher. „Selbst innerhalb der EU ist die Einhaltung eines Mindestmaßes an Tierschutz oft nicht gewährleistet“, sagt der Grüne.

Wie als Beleg meldete die Polizei am Mittwoch erneut einen Verstoß, diesmal bei einem Kälber-Transport, der weder EU- noch Bundesgrenzen überschreiten sollte. Mit 169 Kälbern war der Fahrer von Ostsachsen nach Nordrhein-Westfalen unterwegs. Die maximal zulässige Trans-

portzeit war nicht eingehalten, die Tränken auf Lkw und Anhänger waren ungeeignet, da die Mehrzahl der Kälber noch gar nicht vom Muttertier entwöhnt war. Mit einem Alter von nicht mal 14 Tagen hätten einige gar nicht transportiert werden dürfen. Zur Decke des Laderaums gab es kaum Platz, sodass einige Kälber mit dem Rücken anstießen, Luftaustausch kaum gewährleistet war.

Alle Kälber wurden an der Sammelstelle entladen. Einige waren dehydriert. Alle bekamen umgehend Elektrolytlösung. Die kleinsten und unter 14 Tage alten Tiere blieben in der Sammelstelle. Wegen Verstößen gegen Tierschutzgesetz, Tiertransportverordnung und Viehverkehrsverordnung wurden gegen den Fahrer, den Organisator des Transports und die Firmenverantwortlichen Ermittlungen eingeleitet.

Es hapert also schon auf dem Weg nach Nordrhein-Westfalen. Auf den Langzeit-Transporten ließen sich Tränk- und Ruhezeiten für die

Tiere und Lenkzeiten der Fahrer dann kaum verbinden, sagt Zschocke. „Erst recht nicht, wenn Versorgungsstationen fehlen.“

Diesen Missetand hatte 2019 eine Inspektionsreise der hessischen Tierschutzbeauftragten Madeleine Martin und anderer Tierärzte auf der Route nach Usbekistan offenbart. Erkenntnis: In Transportpapieren genannte Versorgungsstationen gibt es oft gar nicht. In Folge erließen mehrere Bundesländer Regeln gegen die Ferntransporte. Einige europäische Nachbarländer verhängten Kompletzverbote für Tiertransporte nach oder durch Russland. „Solche gnadenlosen Lebendexporte in außereuropäische Länder müssen endlich gestoppt werden – am Besten einheitlich. Die Bundesregierung darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen“, findet Zschocke. „Sie hat jetzt die Chance, die EU-Ratspräsidentschaft für eine europaweite Regelung zu nutzen.“

Ähnlich sieht es auch der Tierschutzverband ProVieh. „Wenngleich sich inzwischen der Flickenteppich der Länder-Erlasse zu schließen scheint“, sagt Jasmin Zöllmer. Sie hat beim Verband die politische Leitung inne. Generell gehöre die Europäische Tiertransportverordnung aber dringend überarbeitet. „Und dann muss sie konsequent angewandt werden“, sagt sie.

An sich fordert der Verband ein generelles Verbot von Schlacht- und Zuchtviehtransporten in Drittstaaten außerhalb der EU. Binnentransporte müssten auf acht Stunden begrenzt werden. „Und es müsste ein Verbot von Transporten von noch nicht abgesetzten (also noch gesäugten) Kälbern geben“, sagt Zöllmer.



Enge Verhältnisse auf dem am Mittwoch gestoppten Kälbertransport. Einige Tiere waren noch keine 14 Tage alt. FOTO: POLIZEI

Linke: Wöller setzt beim Fahrradgate auf Salami-Taktik

Neue Antworten aus dem Innenministerium genügen dem Landtagsabgeordneten Marco Böhme nicht.

VON KAI KOLLENBERG

DRESDEN – Der Landtagsabgeordnete Marco Böhme (Linke) wirft Innenminister Roland Wöller (CDU) vor, beim Korruptionsskandal in den Reihen der Polizei weiter auf eine „Salami-Taktik“ zu setzen: Wöller

teile beim sogenannten „Fahrradgate“ nur „schmale Informationen“ mit. Böhme hatte insgesamt 13 Kleine Anfragen zum Skandal gestellt. Teile der Fragen beantwortete das Innenministerium wegen der aktuellen Ermittlungen allerdings nicht.

Die Antworten des Ministeriums verdeutlichen, dass Auslöser für die noch andauernden Ermittlungen eine Anzeige der Polizeidirektion Leipzig vom 5. Juli 2019 war. Diese habe sich auf eine Zeugenaussage eines Geschädigten gestützt. Die Mitarbeiter der damaligen Einheit „Zentrale Bearbeitung Fahrrad“ seien zudem im August 2019 unter anderem

über den Umgang mit Asservaten und den Umgang mit Altverfahren belehrt worden. „Es ist schon verwunderlich, dass dennoch erst im Januar 2020 etwas zum Minister durchgedrungen sein soll. Auch das Argument, die Bedeutung und Schwere der Vorwürfe seien im letzten Jahr noch unklar gewesen, überzeugt nicht“, kommentierte Böhme.

Nach Bekanntwerden des Korruptionsfalls hatte sich eine politische Debatte an der Frage entzündet, wann der Innenminister über den Vorgang unterrichtet worden war. Er soll erst im Januar 2020 davon erfahren haben. Zwar war der Landes-

polizeipräsident seit Juli 2019 informiert, er unterrichtete den Minister aber nicht. In seinen aktuellen Antworten betont das Innenministerium noch einmal, dass die mögliche Dimension des Sachverhaltes damals „weder bekannt noch absehbar war“. Es habe „aus damaliger Sicht keine Veranlassung“ gegeben, den Minister zu informieren.

Im Kern geht es beim Leipziger Skandal darum, dass möglicherweise über mehrere Jahre hinweg gestohlene Fahrräder aus der Asservatenkammer der Polizei zu einem geringen Preis weiterverkauft wurden. Zu den Käufern sollen nach dem

derzeitigen Stand der Ermittlungen mehrere Polizisten und Mitarbeiter der Polizei gehören. Insgesamt gehen die Ermittler von über 100 Verdächtigen aus. Anzeichen, dass darunter auch prominente Vertreter der Polizei oder des öffentlichen Lebens sind, gibt es laut Auskunft des Innenministeriums derzeit nicht.

Der Verkauf selbst soll zuvorderst von einer Polizistin organisiert worden sein, die in der „Zentralen Bearbeitung Fahrrad“ gearbeitet hat. Sie hat nachzeitigem Ermittlungsstand Quittungen für die verkauften Fahrräder ausgestellt. Die Einheit der Polizei, die sich der Fahrradkri-

minalität widmen sollte, ist aufgrund des Skandals aufgelöst worden. Der ehemalige sächsische Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann soll den Korruptionsfall aufarbeiten.

Das Landeskriminalamt Sachsen ermittelt seit Juli 2019 in dem Fall. Innenminister Wöller hatte bereits vor Wochen angekündigt, dass statt vormals zwei sich nun acht Ermittler um den Fall kümmern. Aus den Antworten an den Abgeordneten Böhme geht hervor, dass diese Gruppe bei Bedarf „zeitweise und aufgabenbezogen durch weitere Kräfte“ unterstützt wird.